

## Neomaterialistische und systemtheoretische Krisentheorie: Eine Präzisierung des Theorienvergleichs

Münch, Richard

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Sammelwerksbeitrag / collection article

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Münch, R. (1978). Neomaterialistische und systemtheoretische Krisentheorie: Eine Präzisierung des Theorienvergleichs. In K. M. Bolte (Hrsg.), *Materialien aus der soziologischen Forschung: Verhandlungen des 18. Deutschen Soziologentages vom 28. September bis 1. Oktober 1976 in Bielefeld* (S. 1024-1059). Darmstadt: Luchterhand. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-137002>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

## Neomaterialistische und systemtheoretische Krisentheorie. Eine Präzisierung des Theorienvergleichs

Richard Münch

### 1. Kriterien des Theorienvergleichs

Die erste Voraussetzung für einen Vergleich von Theorien ist die Spezifikation der Vergleichskriterien, die an die Theorien angelegt werden sollen. Der hier versuchte Vergleich zwischen einer neuen Konzeption des historischen Materialismus und einer neuen Konzeption der Theorie sozialer Systeme orientiert sich an dem Kriterium der Erklärungskraft und an dem Kriterium des progressiven Theorienwandels, wie sie im metatheoretischen Rahmen des kritischen Rationalismus konzipiert wurden<sup>1)</sup>. Dabei sind folgende Gesichtspunkte zu beachten:

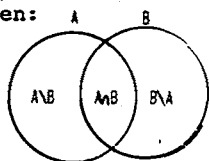
(1) Ein Vergleich der Erklärungskraft von Theorien setzt einen gemeinsamen Erklärungsgegenstand voraus. Als ein solcher gemeinsamer Erklärungsgegenstand werden politische Krisen gewählt.

(2) Es ist eine gemeinsame Bedeutung der Begriffe für den Erklärungsgegenstand festzulegen.

(3) Die narrative Darstellungsform ist in ein System von Hypothesen zu übersetzen, die angeben, unter welchen Bedingungen der Erklärungsgegenstand auftritt.

(4) Aus den Hypothesen muß erkennbar sein, welches die potentiellen Falsifikatoren der Theorien sind.

(5) Der empirische Gehalt der Theorien ist so zu vergleichen, daß beurteilt werden kann, in welchem der sich eventuell überschneidenden Extensionsbereiche der Antecedensprädikate der Theorien A und B, die Theorien falsifiziert werden und in welchem sie sich bewähren. Die Überschneidung der Extensionsbereiche kann in folgendem Mengenbild dargestellt werden:



Wird die Theorie A nur im Bereich der Restmenge  $A \setminus B$  falsifiziert, und die Theorie B bewährt sich im Bereich der Schnittmenge  $A \cap B$  sowie im Bereich der Restmenge  $B \setminus A$ , dann liegt ein progressiver theoretischer Wandel von der Theorie A zur Theorie B vor.

Nach dieser Spezifikation der Vergleichskriterien sollen nun zunächst die beiden zu vergleichenden Theorien einzeln dargestellt werden, um daran einen ersten Vergleich nach den genannten Kriterien anzuschließen.

## 2. Eine neomaterialistische Krisentheorie

Die orthodoxe materialistische Krisentheorie deutet politische Krisen stets als bloßen Reflex ökonomischer Krisen<sup>2)</sup>. Die krisenhafte Entwicklung des spätkapitalistischen Staates muß deshalb in diesem Rahmen aus dem Marxschen Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate abgeleitet werden. Gegenüber dieser alten Lehre geht die neue materialistische Theorie von Claus Offe<sup>3)</sup> davon aus, daß in spätkapitalistischen Gesellschaften die Wirkung des Wertgesetzes immer mehr durch den autonomen Eingriff des Staates durchbrochen wird.

Infolgedessen kann die Ursache für die krisenhafte Entwicklung der spätkapitalistischen Gesellschaft nicht mehr allein in den Widersprüchen der Warenform gesucht werden, sie muß vielmehr in den Widersprüchen gesucht werden, in die sich der Staat verstrickt, wenn er die Funktion der Sicherstellung der Kapitalverwertung durch seine immer umfangreicheren Eingriffe in die Ökonomie übernimmt. Da die Theorie von Offe in dieser Hinsicht von den veränderten Bedingungen in spätkapitalistischen Gesellschaften ausgeht, erscheint eine Prüfung ihrer Adäquatheit im Hinblick auf einen Vergleich mit nichtmaterialistischen Alternativen lohnend. Dies soll hier anhand eines neueren Textes von Offe/Ronge<sup>4)</sup> und anhand der älteren Texte von Offe<sup>5)</sup> geschehen. Die logische Struktur dieser Theorie läßt sich wie folgt rekonstruieren<sup>6)</sup>:

1. These: Für alle kapitalistischen Gesellschaften gilt: Nur wenn politische Unterstützung erhalten bleibt und nur wenn Steuereinnahmen ein gewisses Niveau erreichen, dann besteht der kapitalistische Staat fort.
2. These: Für alle kapitalistischen Gesellschaften gilt: Nur wenn die stetige Akkumulation des Kapitals gesichert ist, dann werden Steuereinnahmen eines bestimmten Niveaus erzielt.
3. These: Für alle kapitalistischen Gesellschaften gilt: Nur wenn die Warenform erhalten bleibt (Produktion, Distribution, Konsumtion durch reinen Markttausch mit Marktfreiheit, Vertragsfreiheit und freier Arbeit erfolgen), dann ist auf Dauer Akkumulation von Kapital möglich.
4. These: Für alle kapitalistischen Gesellschaften gilt: Wenn der Kapitalismus eine hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, dann gilt: Nur wenn politische Steuerungsmechanismen
  - a) die Dispositionsfreiheit des Kapitals einschränken und
  - b) gesellschaftliche Bereiche, d.h. die staatliche Bürokr-

tie, ausbauen, die nicht der Warenform unterstehen, dann bleibt die Akkumulation des Kapitals sichergestellt.

5. These: Für alle kapitalistischen Gesellschaften gilt: Wenn der Staat mit politischen Maßnahmen in ökonomische Prozesse eingreift, dann nehmen Personen wahr, daß ihre ökonomischen Chancen nicht nur von ihrem persönlichen Geschick abhängen, sondern auch von der staatlichen Politik.

Zwischen These 3 und These 4 besteht ein Widerspruch, der von den Autoren nicht als ein Widerspruch in ihren Aussagen erkannt wird, sondern vielmehr als Strukturwiderspruch des kapitalistischen Staates in die Realität - in guter dialektischer Tradition - hineinverlegt wird. Aus den Thesen 1 und 2 läßt sich allerdings nur schließen, daß der Staat, um die zu seiner Selbsterhaltung notwendigen Steuereinnahmen zu bekommen, die Kapitalakkumulation garantieren muß. Die Sicherstellung der Kapitalakkumulation ist jedoch keineswegs gleichbedeutend mit der vollständigen Erhaltung der Warenform (des Marktes) für die Lösung aller gesellschaftlichen Probleme. Allgemein betrachtet ist diese überhaupt nicht an die Erhaltung des Marktes gebunden.

Das Kapital einer Gesamtgesellschaft kann auch in Form einer Zentralverwaltungswirtschaft akkumuliert werden. An dem Tatbestand, daß dabei Kapital akkumuliert wird, ändert sich dabei nichts. Verändert ist nur die Form der Akkumulation, die Form der Produktion, Distribution und Konsumtion. Man kann hier allenfalls für denselben allgemeinen Vorgang einen anderen Begriff einführen. Ausgedehnte Leistungen des Staates, die sich ökonomisch nicht selbst tragen, sondern reinen Verzehr von Werten bedeuten, sind auch für einen sozialistischen Staat nur auf der Grundlage ständiger Kapitalakkumulation, d.h. Akkumulation von Werten, möglich.

Zur Erfüllung der in These 1 und 2 formulierten Bedingungen ist demgemäß die Erhaltung der Warenform keine notwendige Voraussetzung. Daran ist zu erkennen, daß der von Offe und Ronge aufgezeigte Strukturwiderspruch nur ein Widerspruch ist zwischen These 3 und 4 ihrer Argumentation und sich dadurch auflöst, daß These 3 falsch ist.

So betrachtet läßt sich aus den Thesen 1, 2 und 4 nur schließen, daß im entwickelten Kapitalismus der Staat zu seiner Selbsterhaltung politische Maßnahmen zur Sicherstellung der Kapitalakkumulation ergreifen muß, die eine Einschränkung der Warenform in ihrer idealtypischen Form und eine Einschränkung ihrer Ausbreitung bedeuten. Die verwendeten Maßnahmen haben keine Folgen, die im Widerspruch zu dem Ziel "Kapitalakkumulation" stehen. Ein solcher Widerspruch wird anscheinend von den Autoren angenommen und z.T. dadurch plausibel gemacht, daß sie die Begriffe "Kapitalakkumulation" und "Erhaltung der Warenform" mitunter synonym gebrauchen oder entsprechend der falschen These 3 behaupten, die Erhaltung der Warenform - in idealtypischer Form - sei notwendige Voraussetzung der Kapitalakkumulation.

Da die behaupteten Strukturwidersprüche nur Widersprüche in den Aussagen sind, ist auch das geringe Vertrauen der Autoren in die Voraussagekraft ihrer Annahmen über Strukturwidersprüche nicht überraschend. Es wird nämlich zugestanden, daß aus den Strukturwidersprüchen - d.h. genau genommen aus der widerspruchslosen Tatsache, daß im entwickelten Kapitalismus die Warenform in ihrer Intensität und ihrer Extensität ständig eingeschränkt wird - eigentlich noch keine besonderen Konsequenzen zu erwarten sind, insbesondere prinzipiell noch keine Instabilität und noch kein Zusammenbruch des Staates, obwohl die Analyse auf entsprechende Aussagen abzielt.

Instabilität und Konflikt um die Warenform wird erst erwar-

tet, wenn die Aufhebung der Warenform von einer politischen Bewegung zum Gegenstand der "bewußten politischen Aktion" gemacht wird. Dabei wird eine Verbindung zu den vorangehenden Thesen durch die Annahme hergestellt, daß die ohnehin erfolgende staatliche Einschränkung der Dispositionsfreiheit des Kapitals durch politische Bewegungen zur völligen Aufhebung der Warenform erweitert werden kann. Soweit dies geschieht, werden Konflikte um die Aufhebung der Warenform erwartet. Dagegen ist einzuwenden, daß der staatliche Eingriff in die Dispositionsfreiheit des Kapitals keine notwendige Voraussetzung dafür ist, daß politische Bewegungen die Aufhebung der Warenform zum Gegenstand politischer Aktionen machen und damit Erfolg haben. Derartige Aktionen können an die unterschiedlichsten Bedingungen anknüpfen. Insofern besteht kein Zusammenhang zwischen dieser Aussage und der Entwicklung zu zunehmender staatlicher Einschränkung der Dispositionsfreiheit des Kapitals. Die einzige für die Voraussage relevante Aussage hätte vielmehr folgenden Wortlaut:

6. These: Für alle kapitalistischen Gesellschaften gilt: Wenn politische Aktionen auf die Aufhebung der Warenform abzielen, dann entstehen Konflikte um die Warenform.

Da in dem Begriff der politischen Aktion schon definitorisch enthalten ist, daß sie sich für ein bestimmtes Ziel einsetzt und prinzipiell zu jedem konkreten Ziel Gegnerschaften und deshalb Konflikte entstehen können, ist die Aussage ohne jeden Informationsgehalt.

Eine zweite Verbindung zu den Entwicklungstendenzen des Kapitalismus wird durch die Annahme hergestellt, durch die Ausdehnung von gesellschaftlichen Bereichen, die nicht der Warenform entsprechen (These 4), und durch das Entstehen der Wahrnehmung, ökonomische Chancen seien nicht nur vom persönlichen Geschick, sondern auch von staatlicher Politik ab-

hängig (These 5), ergebe sich ein Menschenreservoir, das durch politische Aktionen für die Aufhebung der Warenform mobilisiert werden kann. Allerdings drücken sich die Autoren in der Regel wesentlich undeutlicher aus. Es wird meistens nur davon gesprochen, daß diese Entwicklungstendenzen durch bewußte politische Aktion zur Quelle von Konflikten um die Warenform gemacht werden können.

Der Inhalt der daraus entstehenden politischen Aktivitäten ist jedoch völlig offen. Er kann in routinisierte ökonomischer Interessenartikulation erscheinen und sich in politisch radikalisierte Form sowohl rechtsradikal als auch linksradikal äußern. Auch in diesem Fall sind wir noch weit von der "Erosion der Warenform und des kapitalistischen Staates" entfernt.

Am Ende bleibt nichts anderes übrig als die in These 7 formulierte Aussage ohne Informationsgehalt:

7. These: Für alle kapitalistischen Gesellschaften gilt: Wenn politische Aktionen erfolgreich Menschen gegen die Warenform mobilisieren, dann entsteht eine Erosion der Warenform.

Ungeklärt bleiben jedoch die Bedingungen, unter denen tatsächlich eine hohe politische Mobilisierung gegen die Warenform entsteht.

Natürlich wird es nicht die Intention von Offe/Ronge sein, informationsarme Erkenntnisse dieser Art zu vermitteln. Ihnen geht es zunächst darum, aus Strukturmerkmalen des Spätkapitalismus generelle Krisentendenzen vorauszusagen. Allerdings werden sie von der Realität zu solcher Vorsicht gezwungen, daß sie unter der Hand zusätzliche Voraussetzungen einführen müssen, die den Informationsgehalt, d.h. die Erklärungs- und Voraussagekraft der Theorie nahezu auf 0 reduzieren.



Obwohl sich in einem solchen Fall die Frage nach der empirischen Bewährung einer Theorie fast erübrigt, da sie mit allen Tatsachen vereinbar ist, verweisen Offe/Ronge zur Bestätigung der Theorie auf den Tatbestand höherer Konfliktbeteiligungsraten von Individuen, die "konkrete" Arbeit und nicht "abstrakte" Arbeit verrichten. Dabei handelt es sich um eine materialistische Version der allgemein bekannten positiven Korrelation zwischen sozialem Status (z.B. beruflichem Qualifikationsgrad und Ausbildungsgrad) und politischer Partizipation (z.B. Beteiligung an politischem Protest<sup>7)</sup>). Nach der materialistischen Krisentheorie von Offe/Ronge müßte dies eine spezifische Eigenschaft von Konflikten in spätkapitalistischen Gesellschaften sein. Dagegen spricht jedoch die Tatsache, daß sich die genannte Korrelation in allen Gesellschaftstypen historisch und vergleichend nachweisen läßt. In unterentwickelten Gesellschaften ist es gerade die neu entstehende Mittelschicht mit qualifizierter Ausbildung, die eine hohe Beteiligung an politischem Konflikt zeigt<sup>8)</sup>. Dasselbe ließe sich sicherlich auch für sozialistische Gesellschaften zeigen. In historischer Perspektive weisen z.B. E. Shorter und C. Tilly<sup>9)</sup> neuerdings für Frankreich von 1830 bis 1965 nach, daß stets die auf einem gegebenen Entwicklungsniveau qualifiziertesten Arbeitskräfte die führende Rolle in Streiks gespielt haben. Daran ist zu erkennen, daß die von Offe/Ronge als Bestätigung ihrer materialistischen Krisentheorie angegebenen Tatbestände kein Spezifikum spätkapitalistischer Gesellschaften sind. Das bedeutet, daß es für Krisen zumindest auch andere Ursachen außer den Strukturwidersprüchen des Spätkapitalismus geben muß. Der Verweis auf diese Tatbestände ist deshalb auch keine illustrative Bestätigung der Theorie.

Die Korrelation aus Ausbildungsgrad und Beteiligung an politischem Konflikt ist jedoch überhaupt nur als Anwendungsfall der materialistischen Krisentheorie von Offe/Ronge zu deuten, wenn dabei ein Fehlschluß begangen wird. Den Objektbereich

der Theorie bilden nämlich spätkapitalistische Gesellschaften und nicht Individuen. Die aus der Theorie abzuleitende Voraussage - soweit man die Tautologisierung durch einschränkende Bedingungen außer Acht läßt - besagt nämlich nicht, daß Individuen mit höherem Ausbildungsgrad häufiger an politischem Konflikt teilnehmen, sondern daß die Häufigkeit politischer Konflikte in spätkapitalistischen Gesellschaften mit der Ausdehnung des nicht der Warenform unterstellten "Reproduktionsbereichs" zunimmt. Nach dieser Voraussage müßten, historisch gesehen, politische Konflikte zunehmen, wenn z.B. der Umfang des Dienstleistungssektors über eine bestimmte Schwelle hinauswächst und sie müßten, vergleichend gesehen, in Gesellschaften ein größeres Ausmaß annehmen, in denen dieser Bereich weiter ausgedehnt ist als in anderen Gesellschaften. Die entsprechende Voraussage über Merkmale von Gesellschaften kann auch nur durch Merkmale von Gesellschaften überprüft und eventuell bestätigt werden. Der Schluß von der häufigeren Beteiligung von Individuen mit höherem Ausbildungsgrad auf die größere Häufigkeit von Konflikten in spätkapitalistischen Gesellschaften mit höherer Ausdehnung des Dienstleistungssektors ist dagegen ein Fehlschluß. Tatsächlich besteht auf der gesellschaftlichen Ebene keine positive Korrelation zwischen der Ausdehnung des Dienstleistungssektors und der Häufigkeit politischer Konflikte. Vergleicht man z.B. die westeuropäischen Gesellschaften mit ihrer unterschiedlichen Ausprägung politischer Konflikte, so zeigt sich keinerlei Zusammenhang mit der Ausdehnung des Dienstleistungssektors. Italien als die Gesellschaft mit höchster Konfliktausprägung weist sogar die niedrigste Ausdehnung des Dienstleistungssektors auf<sup>10)</sup>. Ebenso läßt sich z.B. keine positive Korrelation zwischen dem Statusniveau in Städten und der Häufigkeit von politischem Protest nachweisen. Auch hier wiederholt sich die Korrelation auf der Individualebene nicht auf der Makroebene<sup>11)</sup>. Die Voraussage, daß in spätkapitalistischen Gesellschaften mit der Ausdehnung des Reproduktionsbereichs auf Kosten der

Warenform Strukturwidersprüche mit der Folge erhöhter Krisentendenzen auftreten, wird dadurch widerlegt. Haltbar ist die neomaterialistische Krisentheorie von Offe/Ronge tatsächlich nur in ihrer tautologisierten Form. Dies führt zu der Frage, ob es überhaupt den metatheoretischen Kriterien dieses Ansatzes entspricht, aus der Theorie eine Voraussage abzuleiten, um diese dann mit der Realität zu konfrontieren. So mag man beispielsweise die Theorie als ein Instrument betrachten, das durch "Aufklärung" über die Strukturwidersprüche des Spätkapitalismus die Adressaten zur politischen Aktion gegen die Warenform zu motivieren vermag<sup>12)</sup>. In diesem Sinne können die Empfehlungen von Offe/Ronge gedeutet werden, durch bewußte politische Aktion gegen die Warenform an die Strukturwidersprüche anzuknüpfen. Hierbei wird jedoch keine Voraussage getroffen, sondern eine normative Empfehlung ausgesprochen. Das bedeutet, daß die Theorie als Krisentheorie gar nicht nach dem Kriterium der empirischen Haltbarkeit mit anderen Theorien verglichen werden kann. Möglicherweise wäre eine adäquate Prüfungsinstanz dieser Theorie, wie weit sie im Vergleich zu anderen Theorien Adressaten zur politischen Aktion gegen die Warenform zu motivieren vermag.

Eine solche Theorie ist jedoch keine Krisentheorie in dem Sinne, daß sie Krisen zu erklären vermag, sie ist allenfalls eine Krisentheorie in dem Sinne, daß sie Krisen herbeizuführen vermag. Ob sie diese letztere Funktion erfüllt, ist ganz unabhängig von ihrer Übereinstimmung mit der Realität. Die materialistische Krisentheorie von Offe/Ronge soll eine andere Funktion erfüllen als andere nicht-materialistische Krisentheorien und tritt deshalb zu diesen auch nicht in Konkurrenz.

Um die Funktion der Motivation zur politischen Aktion gegen die Warenform erfüllen zu können, erwartet man von einer solchen Theorie, daß sie aufzeigen kann, wie weit die Entfaltung

der Gesellschaft und der Persönlichkeit sowie das Niveau der Bedürfnisbefriedigung aller Gesellschaftsmitglieder auch im Spätkapitalismus nach wie vor durch die Existenz der Warenform erheblich eingeschränkt wird und durch die Aufhebung der Warenform wesentlich uneingeschränkter möglich wäre. Um auf diese Frage eine Antwort zu geben, wird im Rahmen dieser Theorie davon ausgegangen, daß sich dies in spätkapitalistischen Gesellschaften nicht mehr durch die unmittelbare Wirkung des Wertgesetzes und der daraus folgenden absoluten oder relativen Verelendung des Proletariats zeige, da die Wirkung des Wertgesetzes durch den redistributiven Eingriff des Staates mannigfach durchbrochen werde<sup>13)</sup>. Auf der Entwicklungsstufe des Spätkapitalismus zeigt sich die Beschränkung der gesellschaftlichen und persönlichen Entfaltung darin, daß alle redistributiven staatlichen Eingriffe stets nur soweit gehen und nur diese Funktion haben, daß sie die Arbeitskraft gerade nur wiederherstellen, um dem Verwertungsprozeß wieder zugänglich zu sein und Infrastrukturmaßnahmen nur die Funktion erfüllen, den Prozeß der Kapitalverwertung in Gang zu halten, wenn sich der Staat die Quelle seiner Steuereinnahmen und auch die Massenloyalität zur Existenzsicherung erhalten will<sup>14)</sup>. Die allgemeine Aussage lautet dabei, daß in einer Gesellschaft mit kapitalistischer Ökonomie staatliche Maßnahmen auf Dauer gesehen zwangsläufig die Funktion der Sicherung der Kapitalverwertung erfüllen müssen, wenn nicht der Staat sich selbst oder dem Kapitalismus zerstören soll. Diese Aussage ist jedoch eine Tautologie, da die bloße Fortexistenz der kapitalistischen Ökonomie natürlich schon definitorisch beinhaltet, daß keine politischen Maßnahmen die Kapitalverwertung beseitigen. Aus diesem Grunde kann auch ex post facto von jeder beliebigen politischen Maßnahme gesagt werden, sie erfülle die Funktion der Sicherung der Kapitalverwertung, solange nur in irgendeiner Weise noch die Warenform fortbesteht. Diese Maßnahmen können von der ersten Arbeitsschutzgesetzgebung

bis zur Investitionskontrolle und zur Verstaatlichung der Großindustrie und der Banken reichen.

Eine Spezifizierung dieser Aussage bedeutet die sogenannte Disparitätsthese, nach der in ihrer materialistischen Deutung die funktionale Anknüpfung staatlicher Maßnahmen an die Kapitalverwertung zu einer systematischen Vernachlässigung der Lebensbereiche und Probleme führt, die nicht in funktionalem Zusammenhang mit der Kapitalverwertung stehen oder gesehen werden<sup>15)</sup>.

Die Sicherung der Kapitalverwertung erfordert jedoch nur, daß die staatlichen Maßnahmen keine dysfunktionalen Folgen für die Erhaltung der Kapitalverwertung haben. Soweit Staatsausgaben und Gesetze für Lebensbereiche, die nicht die Kapitalverwertung fördern, nicht derartige dysfunktionalen Folgen haben, besteht kein zur Erhaltung der Kapitalverwertung notwendiger Zwang, solche Maßnahmen zu unterlassen. Dabei ist zu beachten, daß auch nach Offe/Ronge selbst solche Maßnahmen nicht dysfunktional sind, welche die Dispositionsfreiheit des Kapitals und auch die Profitchancen erheblich einschränken, wie z.B. durch Auflagen für den Umweltschutz. Für eine dennoch auftretende Disparität von Lebensbereichen muß es deshalb andere Ursachen geben, die unabhängig von der Produktionsweise wirken. Solche Ursachen wurden tatsächlich von Offe in seinem ersten Aufsatz<sup>16)</sup> zu diesem Problem genannt: Der Grad der Organisations- und Konfliktfähigkeit gesellschaftlicher Gruppierungen. Es werden diejenigen Problembereiche vernachlässigt, die nicht durch organisations- und konfliktfähige Gruppierungen vertreten werden. Dies ist jedoch eine Ursache, die in allen, auch in Gesellschaften ohne Warenform, wirksam sein muß. Sie wirkt unabhängig von der Warenform. Die Fixierung auf die Warenform verstellt Offe schließlich auch an dieser Stelle den Blick für das eigentliche Problem: Wenn die organisations- und konflikt-

fähigen Gruppierungen bessere Chancen der Durchsetzung von Ansprüchen haben, welche politischen Strukturen verstärken solche Disparitäten und welche schwächen sie ab?

Aus der Theorie von Offe/Ronge ergibt sich insofern kein Hinweis darauf, daß eine Gesellschaft mit existierender Warenform mehr die Entfaltung der gesellschaftlichen Bedürfnisbefriedigung und die Entfaltung der Persönlichkeit aller Gesellschaftsmitglieder einschränke als eine Gesellschaft ohne Warenform. Sofern man die Entfaltung der gesellschaftlichen Bedürfnisbefriedigung und die Entfaltung der Persönlichkeit als Wert akzeptiert, dann kann sie nicht die Notwendigkeit der Beseitigung der Warenform nachweisen. Nach diesem Scheitern könnte die Theorie allenfalls noch das Kriterium der psychologischen Motivationswirkung auf die Adressaten erfüllen. Die Ablehnung dieses Kriteriums als einzige positive Instanz für die Theorie dürfte jedoch kaum umstritten sein.

### 3. Eine systemtheoretische Krisentheorie

Sucht man im Rahmen der Theorie sozialer Systeme nach einer Theorie politischer Krisen, dann bietet es sich an, eine solche Theorie aus der Konzeption von politischer Macht als einem dem Geld analogen symbolischen und generalisierten Kommunikationsmedium zu entwickeln. Die Theorie politischer Krisen müßte als eine Theorie der Inflation und Deflation politischer Macht konzipiert werden. Talcott Parsons hat politische Macht als ein Medium des Austauschs politischer Leistungen eingeführt und auf die Möglichkeit von Deflations- und Inflationsprozessen verwiesen<sup>17)</sup>. Inzwischen hat Parsons mit Gerald Platt<sup>18)</sup> in einer Untersuchung des amerikanischen Universitätssystems die Theorie der Kommunikationsmedien weiterentwickelt und explizit auf die Analyse

von Inflations- und Deflationsprozessen angewandt. Niklas Luhmann hat Parsons' Theorie der Kommunikationsmedien aufgegriffen und er hat auch den Begriff der Macht als symbolisches und generalisiertes Kommunikationsmedium einer begrifflichen Analyse unterzogen, ohne allerdings auf das Thema der Inflation oder Deflation als politischer Krise ausführlicher einzugehen<sup>19)</sup>. In Luhmanns Beiträgen findet sich eine Fülle von Anregungen, aber kein Versuch zur systematischen Entwicklung einer Theorie, die zur Erklärung politischer Krisen angewendet werden könnte. Im folgenden soll nun eine Theorie der Inflation und Deflation politischer Macht als Theorie politischer Krisen dargestellt werden, die aus den Ansätzen von Parsons und Luhmann entwickelt wurde<sup>20)</sup>.

Alle Gesellschaften haben einen Bedarf an Entscheidungen, die für alle Gesellschaftsmitglieder verbindlich gelten und deren Akzeptierung jeder Handelnde durch die Unterstützung beliebiger Dritter unterstellen kann. Nur wenn diese Bedingung hinreichend erfüllt wird, können Konflikte geregelt werden und die Gesellschaftsmitglieder stabile Erwartungen über Handlungen und Erwartungen untereinander ausbilden. Dies ist eine notwendige Voraussetzung für den Fortbestand der Gesellschaft. Handlungen, die an der gesellschaftlich und nicht nur gruppenspezifisch in einer Freundschaftsgruppe, in einer Familie oder in einer Arbeitsgruppe verbindlichen Durchsetzung von Entscheidungen orientiert sind, können als politische Handlungen bezeichnet werden.

Um Entscheidungen als verbindlich durchsetzen zu können, müssen unmittelbar und mittelbar Betroffene zu ihrer Akzeptierung oder Duldung motiviert werden. Man kann dies auf verschiedene Weise erreichen. Mit den Betroffenen kann ein Konsens über die Richtigkeit der Entscheidung erzielt werden, sie können durch die Anerkennung der Autorität des Experten

zur Abnahme der Entscheidung veranlaßt werden, sie mögen durch einen angebotenen Anreiz oder schließlich durch die Androhung oder Anwendung negativer Sanktionen zur Folgsamkeit motiviert werden. Soweit diese Motivationsmittel unabhängig von den konkreten Motiven der Betroffenen wirksam bleiben, handelt es sich hierbei um generalisierte Medien der Kommunikation, die durch ihre motivierende Funktion die Übertragung beliebiger Leistungen, z.B. auch Entscheidungen, zwischen Handelnden sicherstellen. Eine generalisierte Konsenschanse ist die Wertübereinstimmung, eine generalisierte Anerkennung von Expertenurteil kann als Einfluß bezeichnet werden, ein generalisierter Anreiz ist das Geld und eine generalisierte negative Sanktionsmöglichkeit die politische Macht<sup>21)</sup>.

Zu jeder politischen Entscheidung, die gesamtgesellschaftlich verbindliche Geltung besitzen soll, gibt es alternative Entscheidungen und auch in der Regel soziale Gruppierungen, welche den Entscheidungen widerstreben und andere vorziehen würden und dies um so mehr, je mehr der politische Entscheidungsbedarf zunimmt. Unter diesen Bedingungen sind Wertübereinstimmung, Einfluß und Geld nur noch begrenzt fähig, Abnahmemotive für politische Entscheidungen zu erzeugen. Für einen nicht zu beseitigenden Rest politischer Entscheidungen ist deshalb politische Macht als Motivationsmittel unersetzbar. Aus diesem Grunde ist politische Macht das spezifisch politische generalisierte Kommunikationsmedium. Politische Entscheidungen besitzen noch nicht verbindliche Geltung, wenn sie von den Nachfragern akzeptiert werden, sondern erst nach der Duldung durch widerstrebende Dritte.

Für die verbindliche Durchsetzung politischer Entscheidungen besitzt infolgedessen die Funktionsfähigkeit politischer Macht als generalisiertes Kommunikationsmedium einen zentralen Stellenwert. Es ist dann zu fragen, inwiefern diese Funk-



tionsfähigkeit durch Prozesse der Inflation und Deflation politischer Macht zerstört wird.

"Macht" soll als die Verfügung über negative Sanktionsmittel bezeichnet werden. Die Macht sozialer Kollektive ergibt sich in diesem Sinne z.B. aus ihrer Verfügung über Güter, knappe Leistungsqualifikationen, Gewaltmittel, der Chance, Menschen mobilisieren zu können, ihrer Mitgliederzahl, dem Grad ihrer Organisiertheit und dgl. Das gesamte Ausmaß der Macht wächst in einer Gesellschaft, wenn auch die Anzahl sozialer Gruppierungen zunimmt, die über solche Ressourcen verfügen, und wenn das Ausmaß zunimmt, in dem sie über solche Ressourcen verfügen. Die Macht wächst in einer Gesellschaft z.B. dadurch, daß mehr Menschen über höhere berufliche Qualifikationen verfügen. Betrachtet man Macht als Kommunikationsmedium, das die verbindliche Durchsetzung politischer Entscheidungen sicherstellt, dann erweist sich als besonders relevant, in welchem Verhältnis ihre Zu- bzw. Abnahme in einer Zeiteinheit zueinander stehen. Eine Zunahme der Machtmenge in einer Gesellschaft ohne eine entsprechende Zunahme der Anzahl und des Umfangs politischer Entscheidungen bedeutet Machtinflation. Dasselbe gilt für eine gleichbleibende Machtmenge bei abnehmenden Entscheidungen. Mit derselben Menge an Macht können weniger Entscheidungen als gesellschaftlich verbindlich durchgesetzt werden. Eine Zunahme der Entscheidungen bei gleichbleibender Machtmenge oder eine Abnahme der Machtmenge bei gleichbleibenden Entscheidungen bedeutet Machtdeflation. Mit derselben Menge an Macht können mehr Entscheidungen als verbindlich durchgesetzt werden. Machtinflation und Machtdeflation sind Krisen des politischen Systems, die um so mehr zu zerstörerischen Folgen führen, je stärker sie ausgeprägt sind.

Machtinflation führt dazu, daß nur noch soziale Gruppierungen mit sehr viel Macht Wertvorstellungen und Interessen in gesellschaftlich verbindlichen Entscheidungen durchsetzen

können. Sofern überhaupt in Ansätzen ein politisches System besteht, ist dieses abhängig von den mächtigen sozialen Gruppierungen und verfügt deshalb über geringe relative Autonomie. Über relative Autonomie würde ein politisches System so weit verfügen, wie es von keinem bestimmten Teil seiner Umwelt abhängig ist und sich deshalb von beliebigen Teilen beeinflussen lassen kann. Dadurch sind relative Autonomie und Offenheit in einer komplexen Umwelt bedeutungsgleich.

Machtdeflation hat zur Folge, daß die in diesem Fall nur wenigen Machtbesitzer in einer Gesellschaft damit um so mehr Wertvorstellungen und Interessen in verbindlichen Entscheidungen durchsetzen können. Auch in diesem Fall gerät ein politisches System in Abhängigkeit von den mächtigen sozialen Kollektiven und besitzt keine relative Autonomie und Offenheit.

Die geringe relative Autonomie und Offenheit eines politischen Systems als Folge von Machtinflation und Machtdeflation führt ihrerseits zu einer hohen Ungleichheit des Vertrauens sozialer Gruppierungen in die Offenheit des politischen Systems. Dieses geringe Vertrauen führt bei Machtinflation zu einer erhöhten Disposition der vielen Machtbesitzer, um so mehr ihre eigenen Machtmittel zur Durchsetzung ihrer Wertvorstellungen und Interessen einzusetzen. Es trifft um so mehr Macht aufeinander, um sich dadurch in ihrer Durchsetzungskraft wieder zu entwerten. Eine weitere Folge ist die erhöhte Neigung, nicht auf die institutionell geregelten Formen der Opposition zu vertrauen, sondern die kollektivspezifischen Machtmittel unmittelbar zum Widerstand gegen politische Entscheidungen einzusetzen, d.h., es erhöht sich die Häufigkeit gewaltsamer, institutionell ungeregelter politischer Konflikte. Demonstration, Protest, Aufruhr und Revolte häufen sich. Politische Krisen dieser Art sind insofern in diesem Rahmen als die typische Folge von Machtinflation zu interpretieren.

Eine Folge des geringen Vertrauens in die Offenheit eines politischen Systems bei Machtdeflation ist die politische Apathie. Die ohnehin machtlosen sozialen Gruppierungen zeigen geringes Vertrauen in politische Partizipation überhaupt und sind hilflos ihrer Lage überlassen.

Im Anschluß an diese Überlegungen soll nun speziell auf Machtinflation als Ursache politischer Krisen eingegangen werden. Es ist nach den Bedingungen zu fragen, deren Vorliegen Machtinflation vermeiden hilft und deren Nichtvorliegen Machtinflation hervorruft.

In allen Gesellschaften, in denen die ökonomische Entwicklung zur Ausbildung neuer sozialer Gruppierungen und neuer Machtpotentiale durch die Verfügung über Leistungsqualifikationen führt, entsteht eine höhere politische Partizipation durch Wert- und Interessenartikulation und dgl.<sup>22)</sup>. Dadurch wird immer mehr Macht miteinander konfrontiert, wodurch eine erhöhte Chance der Machtinflation entsteht. Die Frage ist dann, welche Struktureigenschaften von Gesellschaften bei einer Zunahme politischer Partizipation diese Tendenz zur Machtinflation vermindern und welche sie erhöhen.

Die allgemeinste Voraussetzung, um Machtinflation zu vermeiden, ist die Ausdifferenzierung politischer Macht aus der kollektivspezifischen Macht sozialer Kollektive und ihre Trennung von der kollektivspezifischen Macht sozialer Kollektive. Die grundlegende Voraussetzung dafür ist die Zentralisierung der physischen Zwangsmittel in der Gesellschaft und die institutionelle Regelung der legitimen Verfügung über diese Zwangsmittel. Es müssen allgemein akzeptierte Regeln institutionalisiert werden, nach denen die Verfügung über die physischen Zwangsmittel von potentiellen Bewerbern erworben werden muß. Wer diesen Zugang zu physischen Zwangsmitteln hat, besitzt die Chance, Widerstrebende

vor die ungünstige Alternative zu stellen, eine Entscheidung anzunehmen, oder einen anderen Verlust zu erleiden und sich auf die institutionell zugelassenen Formen der Opposition zu beschränken.

Man kann sich leicht vorstellen, daß sich in einer Gesellschaft, in der sehr viele soziale Gruppierungen über immer mehr Macht verfügen, die sozialen Gruppierungen nur dann an die Regeln eines solchen Systems halten werden, wenn sie gleiche Chancen des legitimen Zugangs zu den physischen Zwangsmitteln erwarten. Diese Bedingung wird z.T. durch die Institutionalisierung der offenen Konkurrenz um politische Unterstützung und durch die Regel erfüllt, daß die mehrheitliche Verfügung über politische Unterstützung den legitimen Zugang zu den zentralisierten physischen Zwangsmitteln zur Folge hat. Durch die reine Mehrheitsregel erfolgt eine erste Abtrennung der Verfügung über politische Unterstützung von der kollektivspezifischen Macht sozialer Kollektive. Die Verfügung über politische Unterstützung ist dann die Form politischer Macht, die den legitimen Zugang zu den physischen Zwangsmitteln symbolisiert.

Durch die Institutionalisierung der freien Konkurrenz um politische Unterstützung und der Mehrheitsregel als den Regeln, nach denen sich der Zugang zu politischer Macht vollzieht, entstehen auch politische Kollektive, die sich aus den übrigen sozialen Kollektiven ausdifferenzieren und als eigenständige Organisationen auf die Gewinnung politischer Unterstützung ausgerichtet sind: Die politischen Parteien. Je mehr ein von den übrigen sozialen Kollektiven getrenntes eigenständiges Parteiensystem institutionalisiert wird, um so mehr wird die Chance, unmittelbar oder mittelbar über politische Macht zu verfügen, von der Macht der darum bemühten sozialen Kollektive unabhängig. Es bildet sich dadurch eine Differenzierung von politischem Kapitalmarkt und politischem Gütermarkt heraus, auf denen politische Macht als

konkreter Anreiz gegen generelle Verpflichtungen (Kapitalmarkt) und gegen konkrete Entscheidungen (Gütermarkt) ausgetauscht wird. Auf dem politischen Kapitalmarkt übernehmen die politischen Parteien die Funktion von Banken, die für politische Unterstützung durch die Partizipierenden diesen gegenüber nur generelle, nicht konkrete Verpflichtungen eingehen. Auf dem politischen Gütermarkt tauschen politische Entscheidungsträger als politische Unternehmer konkrete Entscheidungen gegen konkrete Unterstützung. Je schwächer die Seite des Kapitalmarktes ausdifferenziert ist, um so größer wird die Abhängigkeit der politischen Entscheidungsträger von den Nachfragern politischer Entscheidungen, die am leichtesten politischen Zugang auf der Gütermarktseite haben. Es findet keine langfristige Investition generalisierter politischer Unterstützung als Grundlage für eine höhere Entscheidungsfähigkeit statt. Dadurch wird auf dem politischen Gütermarkt das Angebot politischer Entscheidungen im Verhältnis zur Nachfrage knapper. Es entsteht Machtinflation.

Neben der ungenügenden Differenzierung von politischem Kapitalmarkt und politischem Gütermarkt lassen sich auf beiden politischen Märkten weitere Bedingungskonstellationen für Machtinflation nennen. Machtinflation mit ihren weiteren Folgen tritt auf, wenn eine Zunahme politischer Partizipation auf dem politischen Kapitalmarkt und politischen Gütermarkt mit folgenden Bedingungen zusammentrifft:

Politischer Kapitalmarkt

Politischer Gütermarkt

A G

Zunehmend: Politische Partizipation

Abnehmend:

- B Nachfrage nach politischer Unterstützung
- C Konkurrenz politischer Parteien um politische Unterstützung
- D<sub>1</sub> Ausdifferenzierung
- D<sub>2</sub> Institutionelle Regelung
- D<sub>3</sub> Funktionale Differenzierung
  - a) der politischen Wahl
  - b) des politischen Parteiensystems

Abnehmend:

- H Angebot politischer Entscheidungen
- I<sub>1</sub> Konkurrenz politischer Entscheidungsträger um politische Unterstützung
- I<sub>2</sub> Konkurrenz von Verwaltungspersonal um Verwaltungspositionen
- K<sub>1</sub> Ausdifferenzierung
- K<sub>2</sub> Institutionelle Regelung
- K<sub>3</sub> Funktionale Differenzierung
  - c) der Interessenartikulation
  - d) der politischen Öffentlichkeit
  - e) der politischen Kernsysteme (Regierung, Verwaltung, Parlament)

Zunehmend:

Politische Krisen;  
Institutionell ungeregelter Gebrauch von Macht;  
Protest, Aufruhr, Revolte

Zunehmend:

Machtinflation

Abnehmend:

Vertrauen in die Offenheit des politischen Systems

Abnehmend:

Relative Autonomie und Offenheit des politischen Systems

Die hier aufgeführten Bedingungen von Machtinflation sollen nun im einzelnen kurz erläutert werden.

Auf der Kapitalmarktseite ergeben sich folgende Bedingungen von Machtinflation:

AB: Durch die Nachfrage nach politischer Unterstützung wird der Wert politischer Unterstützung bestimmt, generelle Verpflichtungen zu erzielen. Je weniger Bedarf politische Kollektive an politischer Unterstützung haben, weil

sie sich z.B. auf andere Machtmittel stützen können, um so niedrigere Verpflichtungen müssen sie den Unterstützern gegenüber eingehen. Die Nachfrage nach politischer Unterstützung kann sich z.B. in Häufigkeit, Intensität und Kosten von Wahlkampagnen oder in Ausmaß, Intensität und Kosten von Öffentlichkeitsarbeit ausdrücken.

AC: Auch durch eine abnehmende Konkurrenz politischer Parteien um politische Unterstützung nimmt der Wert politischer Unterstützung zur Erzielung genereller Verpflichtungen ab. Die Konkurrenz ist um so höher, je mehr der Verlust an Unterstützung den Gewinn durch konkurrierende und nicht koalierende Parteien sowie den Verlust des Zugangs zu Entscheidungspositionen bedeutet. Aus diesen Gründen ist die Konkurrenz in einem Zweiparteiensystem am höchsten. Ein weiteres Indiz der Konkurrenz ist die Zahl von Wechselwählern in einer Zeiteinheit.

AD<sub>1</sub>: Ausdifferenzierung der politischen Wahl und des politischen Parteiensystems bedeutet, daß diese Interaktionssysteme bilden, in denen spezifische Normen Geltung besitzen, die das Handeln von Handlungen in anderen Systemen abgrenzen und gegenüber diesen relativ indifferent machen. Durch die Geltung solcher Normen entwickelt sich eine eigene Zweckrationalität für die Handelnden in diesen Systemen. Beim Handeln in diesen Systemen muß jeder Handelnde spezifische Rollen übernehmen, die sein Handeln vom Handeln in anderen Rollen abgrenzen.

Für die politische Wahl bedeuten die Prinzipien der Allgemeinheit, Gleichheit und Geheimhaltung eine erste Ausdifferenzierung der Rolle des Wählers und ihre Trennung von anderen Rollen. Diese Ausdifferenzierung kann wiederum dadurch beeinträchtigt werden, daß von den Handelnden und ihren Interaktionspartnern in anderen Rollen

eine unmittelbare Verknüpfung der Wählerrolle mit diesen Rollen vollzogen wird. Dies ist z.B. der Fall, wenn von dem Katholiken erwartet wird, daß er eine katholische Partei wählt oder von dem Protestanten, daß er eine protestantische Partei wählt.

Die Ausdifferenzierung des Parteiensystems drückt sich in der Nichtidentität der Programme von Parteien mit den Programmen von Interessengruppen aus, in der Zahl hauptamtlicher Positionen, Mitgliedschaftsregeln, Satzungen und dgl.

Geringe Ausdifferenzierung der politischen Wahl und des politischen Parteiensystems führt bei hoher politischer Partizipation deshalb zur Machtinflation, weil es dadurch um so mehr zu einem unmittelbaren Aufeinandertreffen der kollektivspezifischen Machtmittel der sozialen Kollektive kommt, die sich in ihrer Durchsetzungskraft wechselseitig entwerten.

AD<sub>2</sub>: Institutionelle Regelung bedeutet das Ausmaß, in dem im Falle einer Normabweichung der in seiner normativen Erwartung Enttäuschte in seinem Festhalten an der Erwartung mit der Unterstützung beliebiger Dritter rechnen kann, und das Ausmaß, in dem das Handeln durch solche Normen geregelt ist. Die Norm der Geheimhaltung der Wahl ist nur dann institutionalisiert, wenn Verletzungen auch negativ sanktioniert werden. Dasselbe gilt für Normen, welche die Freiheit von Parteienzusammenschlüssen garantieren oder für Normen, welche die Satzung von Parteien bilden. Das Ausmaß institutioneller Regelung politischer Partizipation variiert auch in dem Grade, in dem es für de facto auftretende Formen politischer Partizipation, z.B. Bürgerinitiativen, Normen zu ihrer Regelung gibt.



Ein geringes Ausmaß institutioneller Regelung politischer Partizipation bedeutet wie die geringe Ausdifferenzierung, daß es zu einem unmittelbaren Aufeinandertreffen der Machtmittel der partizipierenden sozialen Kollektive kommt, die sich um so mehr wechselseitig entwerten, d.h. Machtinflation hervorrufen, je höher die Partizipationsrate ist.

AD<sub>3</sub>: Funktionale Differenzierung des politischen Systems bedeutet in bezug auf die politische Wahl und das politische Parteiensystem, daß es sich hierbei um Systeme handelt, die vorzugsweise auf die Funktion der Beschaffung generalisierter politischer Unterstützung spezialisiert sind und daß diese Funktion nicht zugleich durch andere Systeme im Zusammenhang mit anderen Funktionen erfüllt wird. Dadurch werden widersprüchliche Anforderungen bei der Erfüllung von Funktionen auf verschiedene Teilsysteme auseinandergezogen. Die funktionale Differenzierung des Parteiensystems und der politischen Öffentlichkeit ist z.B. um so geringer ausgeprägt, je eindeutiger sich die Parteigruppierungen in Presse, Rundfunk und Fernsehen nahtlos wiederholen. Dadurch wird die Funktion der Beschaffung politischer Unterstützung mit der Funktion der Information über politische Themen und der Selektion von politischen Themen vermengt.

Eine Entdifferenzierung dieser Art führt bei zunehmender politischer Partizipation zur unmittelbaren und unregelmäßigen Machtauseinandersetzung gesellschaftlicher Eliten, da es keine eindeutigen Regeln der Gewinnung politischer Unterstützung gibt. Die Folge ist eine höhere Machtinflation.

Auf der Gütermarktseite sind folgende Bedingungen von Machtinflation zu erläutern:

GH: Bei geringem Angebot politischer Entscheidungen durch unzureichende politische Entscheidungstätigkeit, z.B. bei fehlender politischer Planung, erniedrigt sich bei hoher Nachfrage nach politischen Entscheidungen der Wert politischer Unterstützung zum Eintausch von konkreten Entscheidungen, d.h., es entsteht Machtinflation. Nur die großen Nachfrager können dann noch erfolgreich Wertvorstellungen und Interessen durchsetzen.

GI<sub>1</sub>: Geringe Konkurrenz politischer Entscheidungsträger um politische Unterstützung entwertet ebenfalls bei hoher Nachfrage nach politischen Entscheidungen die politische Macht, die von Interessenten auf dem Gütermarkt in Gestalt politischer Unterstützung für konkrete Entscheidungen angeboten wird. Typische Beispiele sind Hochburgen politischer Parteien, wie sie vor allem auf lokaler Ebene häufig vorkommen.

GI<sub>2</sub>: Geringe Konkurrenz von Verwaltungspersonal um Verwaltungspositionen, z.B. bei Monopolisierung von Verwaltungspositionen für bestimmte soziale Schichten, soziale Stände, Berufsstände, ethnische oder religiöse Gruppen, bedeutet, daß bei hoher Nachfrage nach politischen Entscheidungen, mehr politische Macht angesammelt werden muß, um die Durchführung von Entscheidungen in der Verwaltung sicherzustellen, die nicht mit deren Wertvorstellungen und Interessen übereinstimmen. Die erhöhten Kosten für die Entscheidungsdurchführung verursachen Machtinflation.

GK<sub>1</sub>: Geringe Ausdifferenzierung politischer Kernsysteme äußert sich zum Beispiel darin, daß die Rollen politischer Entscheidungsträger vorwiegend von Angehörigen bestimmter sozialer Gruppierungen besetzt werden oder sich keine von der Parteiverantwortlichkeit unabhängige Regierungsverantwortlichkeit ausbildet, die Professiona-

lisierung politischer Entscheidungsrollen gering ausgeprägt ist, keine Kodifizierung eines spezifischen Berufsethos des Politikers oder des Verwaltungsbeamten ausgebildet ist und dgl. In der Wert- und Interessenartikulation wird Ausdifferenzierung vermindert, je weniger Werte und Interessen durch organisierte Wert- und Interessengruppen kanalisiert werden. Die politische Öffentlichkeit ist um so weniger ausdifferenziert, je weniger das Handeln in Presse, Rundfunk und Fernsehen durch Kodifizierung spezifischer berufsethischer Normen geregelt wird.

Geringe Ausdifferenzierung solcher Teilsysteme führt bei hoher politischer Partizipation zum unmittelbaren Aufeinandertreffen der Machtmittel sozialer Gruppierungen und entwertet politische Macht in ihrer Funktion, konkrete Entscheidungen verbindlich durchzusetzen, d.h., es wird Machtinflation erzeugt.

GK<sub>2</sub>: Institutionelle Regelung der Interaktionen in politischen Kernsystemen, in der Interessenartikulation und in der politischen Öffentlichkeit liegt in dem Ausmaß vor, in dem auftretende Handlungen überhaupt durch Normen geregelt werden und in dem Normabweichungen negativ sanktioniert werden; es ist das Ausmaß der Bindung politischen Entscheidungshandelns, der Interessenartikulation und der politischen Öffentlichkeit an normative Regeln. Je weniger eine solche Bindung des politischen Entscheidungshandelns, der Interessenartikulation und der Selektion politischer Themen in der Öffentlichkeit an allgemeine Regeln erwartet werden kann, um so häufiger werden soziale Gruppierungen auf ihre kollektivspezifischen Machtmittel zur Durchsetzung politischer Entscheidungen zurückgreifen, um ihre Erwartungssicherheit zu erhöhen. Die dadurch gesteigerte Konfrontation kollektivspezifischer Machtmittel ruft Machtin-

flation hervor.

GK<sub>3</sub>: Funktionale Differenzierung in bezug auf die politischen Kernsysteme bedeutet, daß Parlament, Regierung und Verwaltung je eigene Funktionen erfüllen und auch keine Vermischung mit Funktionen der politischen Parteien oder der politischen Öffentlichkeit erfolgt. Ein eklatanter Fall der Entdifferenzierung zwischen Regierung und politischer Öffentlichkeit ist z.B. die Zensur von Presse, Rundfunk und Fernsehen. Eine Entdifferenzierung von politischen Kernsystemen und Wert- bzw. Interessenartikulation ergibt sich, wenn nur bestimmte soziale Gruppierungen Zugang zu politischen Entscheidungsrollen haben.

Eine besondere Form der Entdifferenzierung liegt vor, wenn Regierungsmitglieder vorwiegend aus der Verwaltung und nicht über die Parteien und das Parlament rekrutiert werden. Diese Form der Entdifferenzierung führt zur Herrschaft des "Geistes" der Bürokratie<sup>23)</sup> und war z.B. für das Wilhelminische Deutschland typisch. Auch die ungenügende Abgrenzung von Kompetenzen ist eine Form geringerer funktionaler Differenzierung. So ist das Präsidialsystem der USA weniger funktional differenziert als die westeuropäischen parlamentarischen Systeme.

Geringe funktionale Differenzierung politischer Kernsysteme, der Interessenartikulation und der politischen Öffentlichkeit erhöht bei extensiver politischer Partizipation die Chance der wechselseitigen Entwertung der politischen Macht politischer Entscheidungsträger mit gleichen oder ähnlichen Kompetenzen, d.h. Machtinflation. Bestimmte Formen der Entdifferenzierung, z.B. zwischen politischen Kernsystemen und Wert- bzw. In-

teressenartikulation, führen bei hoher politischer Partizipation zum ungeregelten Kampf mit kollektiv-spezifischen Machtmitteln und auf diese Weise zur Machtinflation.

Soweit wurde dargestellt, wie man im Rahmen einer allgemeinen Theorie sozialer Systeme über die Entwicklung einer Theorie politischer Macht zur Erklärung politischer Krisen als Folge von Machtinflation mit ihren unterschiedlichen alternativen Ursachenkonstellationen gelangen kann. Dabei wurde besonders darauf geachtet, die Theorie so weit zu systematisieren und zu präzisieren, daß überhaupt hinreichend deutlich wird, welche Bedeutung das verwendete Vokabular besitzt, welche Aussagen gemacht werden und welche Tatbestände von den entsprechenden Aussagen ausgeschlossen werden, um die Minimalbedingungen einer empirischen Überprüfbarkeit zu erfüllen. Potentielle Falsifikatoren der zentralen Hypothesen der Theorie sind: Hohe Partizipation und niedrige Ausprägung einer der Variablen B-K<sub>3</sub> und keine Machtinflation und keine politischen Krisen.

Eine empirische Überprüfung der Theorie erfordert allerdings daran orientierte empirische Untersuchungen. Da solche Untersuchungen noch nicht vorliegen, kann nur illustrativ auf empirische Fälle verwiesen werden. Auffallend ist z.B., daß von den vier größten westeuropäischen Gesellschaften, England, Frankreich, Italien und Bundesrepublik, die drei in diesem Jahrhundert instabilsten Gesellschaften zugleich diejenigen mit der geringeren Ausprägung der Merkmale Ausdifferenzierung, institutionelle Regelung und funktionale Differenzierung sind. Unterentwickelte Gesellschaften erweisen sich als um so stabiler, je höher der Grad der Institutionalisierung eines Parteiensystems ausgeprägt ist<sup>24)</sup>. Gegen die Hypothesen könnte hingegen die Stabilität einiger versülter Gesellschaften, wie die Niederlande und die

Schweiz, sprechen, da Versäulung mit Entdifferenzierung gleichbedeutend ist<sup>25)</sup>. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß in diesen Gesellschaften ein besonders niedriges Ausmaß politischer Partizipation festzustellen ist und dementsprechend aufgrund der Theorie eher Machtdeflation und politische Apathie als Machtinflation und Instabilität zu erwarten ist. Wo hohe politische Partizipationsraten auftreten, wie im Libanon, ergibt sich offensichtlich sehr hohe Machtinflation. Zur Vorsicht mahnt allerdings eine makroquantitative Untersuchung über 114 Gesellschaften von Ted Gurr. In einem Kausalmodell der Wirkung von dauerhafter Deprivation, kurzfristiger Deprivation, Legitimität, Zwangspotential, Erleichterung von abweichendem politischem Verhalten, vergangenem gewaltsamem Konflikt und Institutionalisierung auf das Ausmaß von gewaltsamem Konflikt, konnte keine hohe Bestätigung einer negativen Wirkung von Institutionalisierung auf die Häufigkeit gewaltsamer Konflikte gefunden werden<sup>26)</sup>. Zu einem großen Teil erklärt sich dies aus der Korrelation von Institutionalisierung und Zwangspotential und der kurvilinearen Korrelation von Zwangspotential und gewaltsamem Konflikt, die sich aus Gurrs Auswahl und aus seinen Operationalisierungen ergab.

#### 4. Vergleich der neomaterialistischen und systemtheoretischen Krisentheorie

Welche Gesichtspunkte ergeben sich nun nach der Darstellung von zwei unterschiedlichen theoretischen Paradigmen für die Frage des Theorienvergleichs?

(1) Man kann zunächst durch logische Rekonstruktion versuchen, einen gemeinsamen Erklärungsgegenstand zu finden: Z.B. politische Krisen.

(2) Es ist zu beachten, ob der Begriff für den Erklärungsge-

genstand jeweils dieselbe Bedeutung besitzt. Dies scheint hier der Fall zu sein: Hohe Häufigkeit und Intensität von Protest, Aufruhr, Revolte und Gewaltanwendung.

(3) Es sind die Texte in Hypothesen umzuformulieren, die präzise angeben, unter welchen Bedingungen politische Krisen auftreten: A) Ausdehnung des Reproduktionsbereichs, B) Hohe Partizipation, niedrige Ausprägung der Variablen  $B-K_3$ .

(4) Es ist zu spezifizieren, welche Tatbestände die Theorien ausschließen, welches ihre potentiellen Falsifikatoren sind:

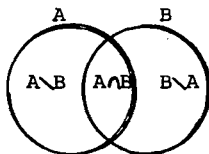
- A) Ausdehnung des Reproduktionsbereichs, keine Zunahme politischer Krisen.
- B) Hohe Partizipation, niedrige Ausprägung der Variablen  $B-K_3$ , keine Zunahme von Machtinflation, keine Zunahme politischer Krisen.

(5) Es ist zu fragen, in welchem Verhältnis der empirische Gehalt der Theorien zueinander steht:

Die Extension des Prädikats "Zunahme des Reproduktionsbereichs" fällt so weit unter die Extension der Prädikate "Zunahme politischer Partizipation und niedrige Ausprägung der Merkmale  $B-K_3$ " wie die Zunahme des Reproduktionsbereichs eine Zunahme politischer Partizipation bewirkt und damit zugleich eine niedrigere Ausprägung von mindestens einem der Merkmale  $B-K_3$  verbunden ist (Bereich  $A \wedge B$ ). Die Extension des Prädikats "Zunahme des Reproduktionsbereichs", die nicht zugleich mit einer Zunahme politischer Partizipation und einer niedrigen Ausprägung von mindestens einem der Merkmale  $B-K_3$  verbunden ist, liegt außerhalb der Extension der Prädikate "Zunahme politischer Partizipation und niedrige Ausprägung von mindestens einem der Merkmale  $B-K_3$ " (Bereich  $A \setminus B$ ). Die Extension der Prädikate "Zunahme politischer Partizipation und niedrige Ausprägung von mindestens einem der Merkmale  $B-K_3$ ",

die nicht mit einer Ausdehnung des Reproduktionsbereichs verbunden ist, liegt außerhalb der Extension des Prädikats "Zunahme des Reproduktionsbereichs" (Bereich  $B \setminus A$ ).

Geht man davon aus, daß beide Theorien (A und B) dieselbe Extension im Bereich der abhängigen Variable "politische Krisen" besitzen, dann läßt sich das Verhältnis ihres empirischen Gehalts in zwei sich überschneidenden Kreisen darstellen, welche die Extension der Prädikate im Antecedens der entsprechenden Aussagen symbolisieren:



Eine erste rudimentäre Konfrontation der Theorien mit der Realität hat gezeigt, daß viele Fälle die neomaterialistische Krisentheorie A falsifizieren müßten. Würde es nun gelingen, zu zeigen, daß die neomaterialistische Theorie A nur in dem Extensionsbereich  $A \setminus B$  scheitert, aber nicht in dem Extensionsbereich  $A \cap B$  und würde sich die systemtheoretische Krisentheorie B auch in dem Bereich  $B \setminus A$  bewähren, hätte man von A nach B einen progressiven theoretischen Wandel, d.h. Erkenntnisfortschritt, erzielt<sup>27)</sup>. Daß dies möglich ist, erscheint auf der Basis vorliegender Daten auf jeden Fall nicht unwahrscheinlich.

(6) Inhaltlich gesprochen ist für die neomaterialistische Theorie besonders charakteristisch eine hohe Überschätzung der Wirkung der Warenform als einzigem Merkmal der Umwelt des politischen Systems im Vergleich zu anderen Merkmalen der Umwelt des politischen Systems und eine hohe Unterschätzung der Wirkung unterschiedlicher Strukturmerkmale des politischen Systems im Hinblick auf politische Krisen. Daraus erklärt sich letztlich ihre Unterlegenheit in der Er-



klärungskraft im Vergleich zur systemtheoretischen Krisentheorie, da diese explizit von der Wirkung dieser Faktoren ausgeht.

(7) Die neomaterialistische Theorie geht nahtlos vom Thema der Erklärung politischer Krisen zum Thema der Erzeugung politischer Krisen über. Dies geschieht vor dem Hintergrund der freilich nicht bestätigten These einer Beschränkung der Entfaltung von Gesellschaft und Persönlichkeit durch die Warenform. Ein solcher Wechsel des Themas ist für die systemtheoretische Krisentheorie gar nicht notwendig: Mit der Erklärung politischer Krisen werden zugleich die Bedingungen angegeben, unter denen in modernen Gesellschaften hohe Komplexität sozialer Interaktionen, d.h. auch hohe Entfaltung widersprüchlicher Wertvorstellungen, Interessen und Handlungen, möglich sind, unter Erhaltung von Autonomie und Offenheit und von Vertrauen in die Offenheit des politischen Systems als modernem Legitimitätsglauben und Vermeidung politischer Krisen als unmittelbare Folge von Vertrauen in die Offenheit des politischen Systems.

Es wird dadurch erklärt, über welche Struktureigenschaften ein politisches System als notwendige Voraussetzungen einer offenen Gesellschaft verfügen muß. Auch in dieser Hinsicht ist die Theorie sozialer Systeme wesentlich präziser als die materialistische Theorie, die als eine solche Bedingung lediglich die Aufhebung der Warenform empfiehlt, dies aber weder als notwendig noch als hinreichend nachweisen kann. Fazit: Die Theorie sozialer Systeme geht nicht nur als spezifische Krisentheorie, sondern auch als Gesellschaftstheorie mit dem Anspruch auf Erklärung umfassenderer gesellschaftlicher Zusammenhänge über die neomaterialistische Theorie hinaus.

## 5. Schlußbemerkung

Die Veranstaltung "Theorienvergleich" auf dem 18. Deutschen Soziologentag hat mit aller Deutlichkeit bestätigt, welche Folgen die ständige Mißachtung gemeinsamer Regeln der Kritik auf der Grundlage von Präzision und Systematik in der soziologischen Theorienbildung hat: An die Stelle der Theorienkonkurrenz tritt die Theorienanomie und das Abhalten von Monologen. Es besteht überhaupt keine Möglichkeit, theoretische Behauptungen zu kritisieren und irgendeine Aussage als Irrtum auszuschneiden. Alles ist möglich, keine Aussage kann scheitern. Das bedeutet aber zugleich, daß der Informationsgehalt der soziologischen Theorien insgesamt gleich 0 ist. Solange dieser Zustand der Anomie in der Soziologie nicht durch Theorienkonkurrenz auf der Basis gemeinsam anerkannter Regeln der Kritik und höherer Präzision und Systematik überwunden wird, muß der Soziologie mit Recht die gesellschaftliche Anerkennung als Wissenschaft und als Profession mit einem institutionalisierten Kodex berufsethischer Normen versagt bleiben.

## Anmerkungen

- 1) Popper, 1969, 1973; Lakatos, 1970; Münch, 1973
- 2) Vgl. Hirsch, 1974
- 3) Offe, 1969, 1972, 1976
- 4) Offe und Ronge, 1976
- 5) Offe, 1969, 1972
- 6) Offe und Ronge, 1976; Offe, 1969, 1972
- 7) Milbrath, 1965
- 8) Huntington, 1968
- 9) Shorter und Tilly, 1974

- 10) Vgl. Taylor und Hudson, 1972, Tabelle 5.10, S. 335-337  
Tabelle 3.2, S. 94-101
- 11) Lineberry, 1971
- 12) Z.B. im Sinne von Habermas, 1968, 1971; zur Kritik:  
Münch, 1973
- 13) Offe, 1969, S. 117 ff., 1972, S. 48 ff.
- 14) Offe, 1972, S. 158 ff.
- 15) Offe, 1969, 1972, S. 65 ff.
- 16) Offe, 1969, S. 167-171, 178, 184
- 17) Parsons, 1969a
- 18) Platt, 1972
- 19) Luhmann, 1974, 1975
- 20) Münch, 1976a, 1976b, insbesondere 1976b, Teil III
- 21) Parsons, 1969a, 1969b, 1969c
- 22) Vgl. Lerner, 1958; Lipset, 1959; Deutsch, 1961; Huntington,  
1968
- 23) Weber, 1971
- 24) Huntington, 1968
- 25) Lijphart, 1968
- 26) Gurr, 1971
- 27) Popper, 1969, 1973; Lakatos, 1970; Münch, 1973

#### Literatur

Deutsch, K.W.: Social Mobilization and Political Development,  
in: American Political Science Review, 55, 1961, S. 493-514

Gurr, T.R.: A Causal Model of Civil Strife: A Comparative  
Analysis Using New Indices, in: Gillespie, J.V. and Nesvold,  
B.A. (Hrsg.), Macro Quantitative Analysis. Conflict, Develop-  
ment and Democratization, Beverly Hills 1971

Habermas, J.: Erkenntnis und Interesse, Frankfurt a.M. 1968

Habermas, J.: Theorie und Praxis, Frankfurt a.M. 1971

Hirsch, J.: Elemente einer materialistischen Staatstheorie, Frankfurt a.M. 1974

Huntington, S.P.: Political Order in Changing Societies, New Haven/London 1968

Lerner, D.: The Passing of Traditional Society: Modernizing the Middle East, Glencoe, Ill. 1958

Lakatos, I.: Criticism and the Methodology of Scientific Research Programmes, in: Ders. und A. Musgrave: Criticism and the Growth of Knowledge, Cambridge, Mass. 1970

Lijphart, A.: The Politics of Accomodation. Pluralism and Democracy in the Netherlands, Los Angeles 1968

Lineberry, R.L.: Approaches to the Study of Community Politics, in: Bonjean, Ch.M., Clark, T.N., Lineberry, R.L. (Hrsg.): Community Politics. A Behavioral Approach, New York 1971, S. 16-25

Lipset, S.M.: Some Social Requisites of Democracy, in: American Political Science Review, 53, 1959, S. 69-103

Luhmann, N.: Einführende Bemerkungen zu einer Theorie symbolisch generalisierter Kommunikationsmedien, in: Zeitschrift für Soziologie, 3, 1974, S. 236-255

Luhmann, N.: Macht, Stuttgart 1975

Milbrath, L.: Political Participation, Chicago 1965

Münch, R.: Gesellschaftstheorie und Ideologiekritik, Hamburg 1973

Münch, R.: Theorie sozialer Systeme. Einführung in Grundbegriffe, Grundannahmen und logische Struktur, Opladen 1976a

Münch, R.: Legitimität und politische Macht, Opladen 1976b

Offe, C.: Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme, in: Kress, G. und Senghaas, D. (Hrsg.): Politikwissenschaft, Frankfurt a.M. 1969, S. 155-189

Offe, C.: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Frankfurt a.M. 1972

Offe, C. und Ronge, V.: Thesen zur Begründung des Konzepts des "kapitalistischen Staates" und zur materialistischen Politikforschung, MS. Arbeitskreis "Theorienvergleich in den Sozialwissenschaften", Bad Homburg 1976

Parsons, T.: On the Concept of Political Power, in: Ders., Politics and Social Structure, New York 1969a, S. 352-404

Parsons, T.: On the Concept of Influence, in: Ders., Politics and Social Structure, New York 1969b, S. 405-438

Parsons, T.: On the Concept of Value Commitments, in: Ders., Politics and Social Structure, New York 1969c, S. 439-472

Parsons, T. und Platt, G.M.: The American University, Cambridge, Mass. 1972

Popper, K.R.: Truth, Rationality and the Growth of Scientific Knowledge, in: Ders., Conjectures and Refutations, London 1969

Popper, K.R.: Objektive Erkenntnis, Hamburg 1973

Shorter, E. und Tilly, C.: Strikes in France 1830 - 1968, Cambridge, Mass. 1974

Taylor, Ch.L. und Hudson, M.C.: World Handbook of Political and Social Indicators, 2. Aufl., New Haven und London 1971

Weber, M.: Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland, in: Ders., Gesammelte Politische Schriften, 3. Aufl., Tübingen 1971

Bürgerliche oder moderne Gesellschaft?

Zum Verhältnis von historisch-materialistischer Gesellschaftstheorie und Systemtheorie

Hans-Joachim Giegel

Das Verhältnis, in dem die Marxsche Theorie der bürgerlichen Gesellschaft auf der einen und - als entwickeltste Form des systemtheoretischen Ansatzes - die Luhmannsche Theorie dieser Gesellschaft auf der anderen Seite zueinander stehen, ist ein Verhältnis des Widerspruchs. Die beiden Theorien analysieren denselben Gegenstand, kommen jedoch zu einer anderen Bestim-